

# Amt der Vorarlberger Landesregierung

Zahl: PrsG-652.03

Bregenz, am 12.11.2014

Energie-Control  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien  
SMTP: tarife@e-control.at

Auskunft:  
Mag. Erich Kaufmann  
Tel.: +43(0)5574/511-20212

**Betreff:** Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 (SNE-VO 2012) geändert wird (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012-Novelle 2015, SNE-VO 2012-Novelle 2015) und die Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2015, GSNE-VO 2013 – Novelle 2015); Entwürfe; Stellungnahme

**Bezug:** Schreiben vom 24. Oktober 2014, VSt-345/665

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den im Betreff genannten Verordnungsentwürfen wird Stellung genommen wie folgt:

## **1. Zur Änderung der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012:**

### Zu z. 4 (§ 4 Abs. 1 Z 9 – Netznutzungsentgelt für Regelreserve):

Nach dem Begutachtungsentwurf soll das Netznutzungsentgelt für Erbringer von Regelreserve von den bisherigen Netzebenen 1 bis 3 auf die Netzebenen 1 bis 6 erweitert werden. Grundsätzlich ist auch die Bereitstellung von negativer Regelenergie durch Verbraucher eine sinnvolle Ergänzung zum bisherigen Modell; dies auch vor dem Hintergrund, dass vermutlich durch den weiter zunehmenden Ausbau der dezentralen Erzeugung aus erneuerbaren Energien verstärkt Regelenergie benötigt wird.

Die im Begutachtungsentwurf enthaltene Ausweitung des Netznutzungsentgeltes für die Erbringer von Regelreserve auf die Netzebenen 1 bis 6 ist aufgrund der folgenden Überlegungen verfrüht bzw. problematisch:

- Da das Netznutzungsentgelt für Regelreserve bisher auf die Netzebenen 1 bis 3 beschränkt war, hat dies nur eine kleine Anzahl von „großen“ Anbietern für Regelreserve betroffen. Damit konnte auch der Aufwand für die Implementierung der damit zusammenhängenden Datenaustauschprozesse überschaubar gehalten werden. Bei einer Ausweitung auf die Netzebenen 1 bis 6 ist damit zu rechnen, dass sich die Anzahl der Erbringer von Regelreserve deutlich erhöhen wird und damit auch der administrative Aufwand um ein Vielfaches steigen wird. Dies wird noch verstärkt durch die Möglichkeit der Poolbildungen. Als Folge wird die Umsetzung der Datenaustauschprozesse nur mehr automatisiert zu bewältigen sein, was eine umfassende Implementierung der Prozesse in die EDV-Systeme voraussetzt.
- Uns ist nicht bekannt, dass die diesbezüglichen Datenaustauschprozesse in den Marktregeln bereits festgelegt worden sind. Die genauen Datenaustauschprozesse sind aus der Systemnutzungsentgelte Verordnung bzw. ihren Erläuterungen jedenfalls nicht vollständig ablesbar.
- Aus unserer Sicht besteht auch noch erheblicher technischer Klärungsbedarf im Zusammenhang mit der Ermittlung der „Reserveenergie“, Mindestleistungen für die Erbringung der Regelreserve (bei Poolbildungen), Aufteilung von einem Zählpunkt auf zwei unterschiedliche Energielieferanten, etc.
- Es ist auch zu berücksichtigen, dass nach Festlegung der Datenaustauschprozesse in den Marktregeln für die Implementierung derselben bei den Netzbetreibern eine Vorlaufzeit eingeplant werden muss.
- Schließlich ist zu bemerken, dass die Implementierung und Abwicklung der diesbezüglichen Datenaustauschprozesse für die Netzbetreiber mit nicht unerheblichem Aufwand verbunden sein wird.

Zu Z. 8 (§ 13 Abs. 5 – Ausgleichszahlung zwischen Weiterverteilern im Netzbereich Vorarlberg):

Im § 13 des Begutachtungsentwurfes sind die Ausgleichszahlungen zwischen den Netzbetreibern der einzelnen Netzbereiche festgelegt. In Bezug auf die Vorarlberger Energienetze GmbH (Netzbereich Vorarlberg) stimmen die hier festgelegten Ausgleichzahlungsbeträge nicht mit den Werten aus dem Berechnungs-Tool für die Ermittlung der Netzentgelte 2015 überein. Damit würden auch die auf Basis der Netzentgelte 2015 errechneten Netzerlöse nicht mit den genehmigten Netzkosten übereinstimmen. Daher sollten die sich aus dem Berechnungs-Tool für die Ermittlung der Netzentgelte ergebenden Ausgleichszahlungen in die gegenständliche Novelle der Systemnutzungsentgelte Verordnung 2012 übernommen werden.

**2. Zur Änderung der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013:**

Zu Z. 6 (§ 10 Abs. 7):

Durch die Ausdehnung der Zone 1 auf 40.000 kWh ist die Zonenaliquotierung nur mehr für wenige Kunden maßgeblich. Die Zonenaliquotierung ist auch kein zentrales Anliegen der Netzkunden, wie die geringen Kundenanfragen in den letzten Jahren zeigen. Detaillierte Erklärungen zur Netzrechnung bekommt der Netzbewerber

telefonisch, elektronisch oder persönlich vom Kundenservice des Netzbetreibers (Vorarlberger Energienetze GmbH).

Was die geforderte transparente und nachvollziehbare Verbrauchsabgrenzung auf der Rechnung betrifft, zeigt die Erfahrung, dass die bisherige Methode der Darstellung anhand eines einfachen Beispiels auf der Homepage des Netzbetreibers (Vorarlberger Energienetze GmbH) und jener des Fachverbandes und die Angabe eines Links auf der Rechnung dazu entsprechend ausreichend ist. Individualisierte Anfragen können, wie bereits erwähnt, vom Kundenservice beantwortet werden. Die Alternative dazu wäre eine mehrseitige detaillierte Erklärung der Berechnungsmethode, inklusive Darstellung und Erklärung der verwendeten synthetischen Lastprofile und Temperaturkurven/-zonen. Dies wird weder das Verständnis des Endverbrauchers fördern noch Transparenz und Nachvollziehbarkeit subjektiv für ihn erhöhen. Die Kosten der Rechnungserstellung würden dadurch allerdings erhöht.

Im Entwurf ist auch die Einführung eines Verbrauchsrechners, mit dem die Zonenaliquotierung des jeweiligen Kunden und die rechnerische Verbrauchsabgrenzung nachvollzogen werden kann, vorgesehen. Ein derartiger kundenindividueller Verbrauchsrechner stellt einen zusätzlichen Aufwand beim Gasnetzbetreiber dar, dessen Nutzen erscheint allerdings gering, da es dafür nach den derzeitigen Erfahrungen kein Bedürfnis bei den Kunden gibt bzw. den Kundenbedürfnissen mit dem bestehenden Kundeninformationssystem Rechnung getragen wird. Vor diesem Hintergrund erscheint der geplante Verbrauchsrechner nicht notwendig.


Freundliche Grüße

Für die Vorarlberger Landesregierung  
Die Landesrätin

Dr. Bernadette Mennel

Nachrichtlich an:

1. Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Ballhausplatz 2, 1014 Wien, SMTP: vpost@bka.gv.at
2. Verbindungsstelle der Bundesländer, Schenkenstraße 4, 1010 Wien, SMTP: vst@vst.gv.at
3. Institut für Föderalismus, Maria-Theresien-Straße 38b, 6020 Innsbruck, SMTP: institut@foederalismus.at
4. Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landhaus, 7000 Eisenstadt, SMTP: post.lad@bgld.gv.at
5. Amt der Kärntner Landesregierung, Arnulfplatz 1, 9021 Klagenfurt, SMTP: post.abt2v@ktn.gv.at
6. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten, SMTP: post.landnoe@noel.gv.at
7. Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Landhausplatz 1, 4021 Linz, SMTP: verfd.post@ooe.gv.at
8. Amt der Salzburger Landesregierung, Chiemseehof, 5010 Salzburg, SMTP: landeslegistik@salzburg.gv.at
9. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Landhaus, 8011 Graz, SMTP: post@stmk.gv.at
10. Amt der Tiroler Landesregierung, Wilhelm-Greil-Straße 25, 6020 Innsbruck, SMTP: post@tirol.gv.at
11. Amt der Wiener Landesregierung, Rathaus, 1082 Wien, SMTP: post@md-r.wien.gv.at
12. Abt. Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (VIa), via VOKIS versendet
13. Abt. Wirtschaftsrecht (VIb), via VOKIS versendet
14. Illwerke/VKW-Gruppe, Weidachstraße 6, 6900 Bregenz, SMTP: info@illwerke.at

	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
	<p>Dieses Dokument ist amtssigniert im Sinne des E-Government-Gesetzes.</p> <p>Mechanismen zur Überprüfung des elektronischen Dokuments sind unter <a href="https://www.vorarlberg.gv.at/signaturpruefung">https://www.vorarlberg.gv.at/signaturpruefung</a> verfügbar.</p> <p>Ausdrucke des Dokuments können beim Amt der Vorarlberger Landesregierung Landhaus A-6901 Bregenz E-Mail: <a href="mailto:land@vorarlberg.at">land@vorarlberg.at</a> überprüft werden.</p>